

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Frau Simonetta Sommaruga
3003 Bern

Per E-Mail an:
finanzierung@bav.admin.ch

Liestal, 12. Januar 2021
KK-Nr. 45795

Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2022–2025 – Stellungnahme Kanton Basel-Landschaft

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 7. Oktober 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2022 – 2025 zugestellt. Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

Wir schliessen uns der Stellungnahme der KöV vom 8. Dezember 2020 an. Folgende zwei Punkte möchten wir besonders hervorheben:

Wir begrüssen und halten es für wichtig, dass der Bundesrat trotz der grossen finanziellen Aufwendungen für die Bewältigung der COVID 19-Krise gewillt ist, den Kreditrahmen für den RPV-Verpflichtungskredit 2022 – 2025 im Vergleich zur Vorperiode um rund 300 Millionen Franken zu erhöhen.

Die langfristigen finanziellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den öffentlichen Verkehr sind noch schwer abzuschätzen. Sollten sich die Nachfrage und damit die Einnahmen über einen längeren Zeitraum nicht von der aktuellen Krise erholen, erwarten wir, dass für die Kompensation der Ertragsausfälle genügend Mittel eingestellt werden, sei es über eine nachträgliche Erhöhung des Verpflichtungskredits oder über eine alternative Lösung.

Zusätzlich ist es uns ein Anliegen, auf die mit der – umweltpolitisch gewollten – Erhöhung des öV-Anteils am Modal Split sowie der Umstellung auf alternative Antriebstechnologien verbundenen höheren Abgeltungen im Ortsverkehr und im regionalen Personenverkehr hinzuweisen. Der Kanton Basel-Landschaft sieht in Anlehnung an die Energiestrategie des Bundes vor, bis im Jahr 2040 sämtliche Buslinien auf alternative Antriebe umzustellen. Im Horizont bis 2025 sollen rund 30 % der jährlichen Fahrzeugkilometer auf Busse mit alternativen Antrieben umgestellt werden. Wir bitten Sie zu prüfen, ob im vorgelegten Verpflichtungskredit die für alternative Antriebsformen vorgesehenen Mittel ausreichen werden oder ob andernfalls seitens Bund zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten bereitgestellt werden können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll

Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin